

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: W. Köhling in Düsseldorf, Corneliustr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirkvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge raffen bis Montag abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Fernsprech-Nr. 1368. VERLAGSSTELLE

Nr. 23. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 8. Juni 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

Inlimes aus Arbeitgeberverbänden.

Von den auch im Viede gemessenen „Luten Düften“ des Monats Mai war in diesem Jahre während des Wonnemonats zeitweilig sehr wenig zu spüren. Im Gegenteil! Die Blicke der Wirt sind sehr scharf. Diesem Umstande haben wir den Besitz des stenographischen Berichtes über die Verhandlungen der Verbandsversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände vom 4. Dezember 1906 zu verdanken; die 68 Seiten umfassende Broschüre kam uns auf den Redaktionstisch gestiegen, trotzdem dieselbe den ausdrücklichen Vermerk trägt: „Die Berichte sind nur für die Mitglieder der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände bestimmt.“ Aus dem von dem bekannten Generalsekretär Buel erstatteten Geschäftsbericht interessiert uns zunächst, daß der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ angehörend: 23 Hauptverbände, 76 Unterverbände, einschließlich der Ortsgruppen, vier Kartellverbände und eine Gruppe der Einzelmitglieder, also 104 Organisationen. Im Jahre 1906 sind vier Hauptverbände beigetreten; bedeutende Vereine sind nach dem Bericht in der Bildung begriffen. Als Beispiel führt Herr Buel an den Verein der Papierindustriellen in Verbindung mit dem Verein der Cellulosefabrikanten, „die den bestimmten Entschluß gefaßt haben, unter jeden Umständen einen Arbeitgeber-Verband zu bilden und sich der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände anzuschließen.“ Nachdem sich der Bericht über den derzeitigen Stand der Beziehungen auf Einführung der Streiktafel in der Textilindustrie verbreitet hat (ist inzwischen eingeführt. D. R.), wird die agitatorische und informatorische Tätigkeit der Hauptstelle während der Woche. „Wir sind auch zugezogen worden zu den Verhandlungen, die über im Gange befindliche Streiks stattfanden. Es ist das im Laufe des Jahres geschehen, die in Magdeburg, in Sachsen, in Halle und in Jagen stattgefunden haben“ heißt es im Bericht. Gewaltig imponiert haben dem Herrn Buel die Textilindustriellen in Sachsen-Thüringen, weil „die Niederlegung des Angriffs der Organisationen als vorbildlich für die ganze Industrie betrachtet werden könne.“

Dieselbe Lob erhält dann die Metallindustrie in Süddeutschland. Eine schlechte Jenjur erhalten dagegen die Fabrikanten in Württemberg. Diesbezüglich führte Herr Buel aus:

„Über einen dieser Streiks habe ich mit erlaubt, Ihnen schon in der letzten Ausschüttung zu berichten. Das ist der Streik, der von den Textilarbeitern in Württemberg angefangen worden ist und der dort vollständig von den Arbeitgebern verloren wurde, weil die geplante Ausperrung nicht genügend vorbereitet war und nicht genügend durchgeführt worden ist. Meine Herren, es ist dann in Württemberg, nachdem die Verhältnisse damals geregelt waren, ein zweiter Streik inszeniert worden. Es waren erst von dem Führer der christlichen Textilarbeiter Buchmann Forderungen gestellt, die von den Arbeitgebern nicht beachtet wurden. Durch ein Schreiben der Ortsverwaltung Württemberg des Zentralverbandes der deutschen Textilarbeiter vom 25. August wurden neue Forderungen gestellt, die bis zum 10. September beantwortet werden sollten. Es wurde nun die bekannte Taktik wieder verfolgt, daß einzelne Kategorien der Arbeiter in einzelnen Fabriken zum Aussteigen bereitgehalten wurden, und so kam es zu einem verhältnismäßig größeren Aussteigen, der sich auf die Kammergarnspinnereien erstreckte. Aber durch ernste Kämpfe wurde doch dieses Mal der Angriff der Arbeiter vollständig abgelenkt. Sie haben nichts erreicht. Bedauerlich ist es freilich, daß eine größere Fabrik, die Fabrik von Frey u. Co. aus dem Arbeitgeberverbande ausgetreten ist und einen wirklichen Tarifvertrag mit den Arbeitern abgeschlossen hat. Es ist ja das ganze Streben der Arbeiter jetzt darauf gerichtet, Tarifverträge abzuschließen.“

Nach mehr als einer Seite hin interessant sind noch die folgenden Ausführungen des Herrn Buel, welche den Generalsekretär des Scharfmacherverbandes auch als unerbittlichen Gegner der Tarifverträge kennzeichnen:

„Über die Taktik der Arbeiter, meine Herren, wie sie jetzt befolgt wird, wird Ihnen der Vorleser der Hauptstelle, Herr Dr. Länger, noch nähere Mitteilungen machen. Ich will hier nur aus der Zeilage zum „Textilarbeiter“, der Zeitung des Textilarbeiterverbandes, etwas mitteilen. Der bringt einen Artikel über Tarifverträge und sagt da:

„Wenn die Kollegen in Zukunft anstatt bis zum Weißbluten zu kämpfen, lieber die Taktik der fortgesetzten Beharrlichkeit gegenüber dem koalitierten Unternehmertum zur Anwendung bringen, dann werden sich gar bald bedeutend mehr Unternehmer bereit finden, solche Verträge abzuschließen. Je stärker der Verband wird, je häufiger er dem einen oder dem andern Unternehmer seine Macht wohl fühlen lassen können, ihm seine Kalkulationen durchkreuzen und ihn hindern wird, irgend welche Dispositionen zu treffen, um so eher werden diese Unternehmer einwilligen, solche Waffenstillstände mit den Arbeitern abzuschließen, wie sie in den Tarifverträgen abgeschlossen werden.“

„Nun, meine Herren, will ich hier weiter keinen Vortrag über Tarifverträge halten, aber das eine wird Ihnen als Merkmal für Ihre Verhalten solchen Anordnungen gegenüber dienen: Wenn Sie einen solchen Tarifvertrag abschließen, sind Sie unweigerlich daran gebunden. Sie können nicht davon zurück, während jeder Arbeiter sich jeden Tag von diesen Verträgen lösen kann. Darin liegt schon das Unnütze solcher Verträge, und wobei die Tarifverträge fassen, habe ich mir erlaubt, Ihnen, so gut es in der verhältnismäßig kurzen Zeit ging, an dem Beispiel des Tarifvertrages der Buchdrucker darzutun.“

Da zeigt sich der Scharfmacher, wie er im Buche steht. Kein Verhandeln, keine Verständigung mit den

Arbeitern. Bruta: Niederbittlung der Arbeiterorganisationen ist das einzige Rezept, nach dem Herr Buel die sozialen Schäden unserer Zeit zu heilen gedenkt. Die Wirksamkeit seiner Gewalttaten müssen ihm aber selbst noch sehr zweifelhaft erscheinen, denn er muß (Seite 13) gestehen:

„Meine Herren, diese Verhältnisse geben uns einen Ausblick für die Zukunft, selbst in bezug auf die Interessen, die wir zu vertreten haben, und dieser Ausblick ist außerordentlich dunkel.“

Wohl durch seine praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der Ausperrungen warnt vor übereilter Anwendung derselben Herr Geheimrat Kommerzienrat Schlumberger-Wülhausen i. Gf.:

„Meine Herren! Aus dem interessanten Bericht des Herrn Generalsekretärs Buel haben Sie vernommen, wie im vorigen Jahre in der Textilindustrie von Sachsen-Thüringen die Ausperrung glänzend gelungen ist. Dagegen haben Sie auch wieder hören müssen, wie viel weniger günstig die Ausperrung in Württemberg ausgefallen ist. Dies gibt mir den Anlaß, die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände zu ersuchen, daß im Falle der Ausperrung eine Belehrung erfolgt möge: wenn die Vorbedingungen für eine Ausperrung erfüllt sind, daß die Durchführung der Sache auch unerlässlich ist; denn wenn nicht gemeinsam vorgegangen wird, so befehrt man, statt das Ziel zu erreichen, nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Vorläufig suchen die Gewerkschaften, sei es die eine oder die andere, nichts anderes als sich Anhänger zu verschaffen, und in diesem Falle ist die Anwendung des Mittels der Ausperrung ganz ungeeignet. Die Ausperrung, richtig angewandt, ist ein ganz vorzügliches Mittel, aber sie ist auch ein sehr gefährliches Mittel. Nehmen Sie nur den Fall an, daß nur eine Anzahl von Arbeitern streiken, und man trotzdem gezwungen ist, die anderen auszusperrern, weil jener Teil nötig ist, den Betrieb am Laufen zu erhalten. Wenn dann aus Solidaritätsgefühl andere Fabriken auch auszusperrern, also Leute, die zufrieden sind, die arbeiten wollen, so begehren Sie damit eine Grausamkeit, wenn man es so bezeichnen darf, und zwingen auf die Dauer die Arbeiter, in die Gewerkschaft hineinzugehen. Das ist bei uns im Gange zu geschähen. Es gab Fabriken, wo die Arbeiter erklärten, wir wollen arbeiten, ihr wollt uns nicht arbeiten lassen, dann haben wir doch keine andere Wahl mehr, wir gehen zu den Sozialdemokraten. Wir müssen es, wir müssen unsern Unterhalt verdienen. Deshalb ist es sehr gefährlich, auszusperrern, ohne zu wissen, daß die Ausperrung zum Ziele führt, oder ohne wenigstens die Bedingungen erfüllt zu haben, die daraus hervorgehen könnten; denn eine verfehlte Ausperrung ist viel gefährlicher als irgend ein verlorener Streik. Deshalb halte ich es für richtig, wenn die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände den ihr angehörenden Vereinigungen raten würde, keine Ausperrung vorzunehmen, wenn nicht von vornherein durch gemeinschaftliches Vorgehen sicher anzunehmen ist, daß sie zum Ziele führt. Sonst machen die Arbeitgeber, wie im Falle von Württemberg, nur die Geschäfte der Sozialdemokraten.“

Wir sind überzeugt, daß die Herren Fabrikanten noch manche trübe Erfahrung mit ihrer Ausperrungstaktik machen werden. Dabei wollen wir ganz davon absehen, daß ihnen, wie das von Herrn Schlumberger genannt wurde, die Begehung einer Grausamkeit auch nur in etwa zum Bewußtsein käme.

Ihren Scharfmacherischen Stempel erhält die Tagung der „Hauptstelle“ wohl auch dadurch, daß der bekannte Scharfmacher Dr. Tille-Saarbrücken, als einer der Hauptwortführer auftritt. Aus seinen Ausführungen erfahren wir, daß die „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber“ mit schwarzen Listen arbeitet. Diesbezüglich führte Dr. Tille folgendes aus:

„Dann ist eine Frage nicht angehten worden, die ich aber, weil sie für Sie alle von praktischer Bedeutung ist, doch einmal besprechen möchte. Das betrifft nämlich die sogenannten Ausperrungslisten. Es ist wiederholt vorgekommen, daß wir von der Hauptstelle Listen bekommen haben von Arbeitern, die irgendwo streiken, mit der Bitte, diese Listen in unserm Kreise zu verbreiten und derartige Arbeiter nicht einzustellen. Das ist ein Verfahren, das zweifellos möglich ist, auch zweifellos nützlich wirken kann. Die praktische Behandlung der Sache ist nur außerordentlich schwierig. In jedem Bezirk wird es sich ganz von selbst heraus entwickeln, daß z. B. gewisse sozialdemokratische Agitatoren, die sich hervorgetan haben, von keiner der beteiligten Firmen wieder angenommen werden. (Als Sozialdemokraten betrachtet Dr. Tille jeden Arbeiter, der nicht auf sein Koalitionsrecht verzichtet wird. D. R. d. „Textilarbeiter-Zeitung“.) Das liegt im Interesse der Selbsthaltung und des Friedens (!) in jedem Gemeinwesen, und dieses Vorgehen wird auch in Zukunft wahrscheinlich an sehr vielen Stellen geübt werden. Mit diesem Verfahren treffen nun die örtlichen Ausperrungslisten von anderen Orten zusammen und sie stellen an die Tätigkeit der einzelnen Lohnbüros und der einzelnen Annahmebureaus der Werke ganz außerordentliche Anforderungen. (Wenn den Herren die „Arbeit“ über den Kopf wächst, so empfindet sich wohl die Anstellung besonderer Kontrolleure zu diesem edlen Zwecke. D. R.) Unser Vorstand hat infolgedessen beschlossen, das Verfahren vollständig zu vereinfachen und die betreffenden Listen

gar nicht mehr auszugeben, sondern diesen Werken nur anzuzeigen, aus dem betreffenden Bezirk überhaupt keine Arbeiter anzunehmen bis zu einem bestimmten Widerrufstermin, und das hat in der Praxis ausgezeichnet gearbeitet. Wir teilen den Werken mit: Auf dem und dem Werke ist ein Streik, Arbeiter aus der Gegend sind betroffen; wenn Arbeiter aus der Ferne sich melden, bitten wir festzustellen, ob sie vielleicht daher kommen. Das hat in allen Fällen, die mir bekannt sind, bessere Ergebnisse zeitigt als diese umständlichen Listen von Hunderten von Arbeitern und hat diese Sache jedenfalls außerordentlich vereinfacht. (Herr Dr. Tille spricht über Erfahrungen der Arbeiter, als wenn es sich um Kaufleute handelte. D. R.) Es ist sehr schwer, mit solchen langen Listen von Hunderten in der Praxis bei den Annahmebureaus der einzelnen Werke zu arbeiten. Vielleicht läßt sich das allgemein ein Modus finden, der die Vorteile beider Verfahren in sich vereinigt. Wir möchten daher die Hauptstelle bitten, zu versuchen, ob nicht auch von ihrer Seite ein einfacheres Verfahren möglich ist.“

Dem Verdienste keine Krone! Der Bericht verzeichnet daher auch am Schlusse der Ausführungen Dr. Tilles: (Bravo!) Man sieht, Dr. Tille sucht sich für seine 30 000 Mk. Jahresgehalt wirklich nützlich zu machen. Und dabei „arbeitet“ er ja so verblüffend einfach. Schwarze Listen, i. w. verarbeiteter Kram! Wenn Arbeiter am Niederrhein streiken, werden einfach keine Arbeiter vom Niederrhein mehr eingestellt, streikt man in Bayern, so sind die Bayern für die Zeit des Streiks oder der Ausperrung geschützt usw. Vielleicht wird Herr Dr. Tille seinen Plan noch dahin erweitern, daß während der Zeit, wo in Deutschland an irgend einem Orte streiken, nur noch chinesische Kräfte eingestellt werden.

Uebrigens ist auch der von Dr. Tille empfohlene Vorschlag nur ein Beweis mehr dafür, daß die Herren Scharfmacher mit ihrem bisherigen Vorgehen nur höchst unbedeutende Resultate erzielt haben. Auch macht sich in den Kreisen der Arbeitgeber bereits eine Ausperrungsmüdigkeit bemerkbar. Solche Erfahrungen, wie sie Herr Kommerzienrat Schlumberger in Württemberg gesammelt hat, tragen sicherlich nicht dazu bei, die Sympathie für Ausperrungen in Arbeitgeberkreisen zu erhöhen. Und tatsächlich haben sich die bisherigen Ausperrungen als das wirksamste Mittel zur Ausspeicherung der indifferenter Arbeitermassen und zur Stärkung der Arbeiterbewegung erwiesen. Selbst wenn die Arbeitgeber in der nächsten Zeit das Mittel der Ausperrung noch in verstärktem Maße als bisher zur Anwendung bringen, der Endeffekt wird eine Tarifbewegung sein. Eine Niederbringung der Arbeiterbewegung ist nicht mehr möglich, und da ein ewiger Kriegszustand auch den Arbeitgebern auf die Dauer unerrücklich ist, so wird auch ihnen der Abschluß von Tarifverträgen zum Schutze als die einzige und letzte Möglichkeit zur Sicherung des Wirtschaftslebens und damit auch der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter erscheinen.

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1906.

Dem Tätigkeitsbericht des Reichsversicherungsamts wird von Jahr zu Jahr größere Aufmerksamkeit zuteil. Der Bericht bringt einen genauen Überblick über den Stand und die Entwicklung der sozialen Versicherungsgesetzgebung und die Tätigkeit der Ausführungsorgane derselben. Unterziehen wir zunächst die Unfallversicherung einer Besprechung. Versichert waren in 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 637 611 Betrieben 8 195 732 Personen; in 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 4 658 226 Betrieben z. B. 11 890 076 Personen; in 527 Ausführungsbehörden waren 857 709 Versicherte vorhanden. Zur Annahmehaus kamen 645 611 Unfälle; erstmals entfähig wurden 140 270. An Renten und sonstigen Entschädigungen wurden 142 900 086 Mk. gegen 135 437 933 Mk. im Vorjahre ausbezahlt. Die Entschädigten wurden an 1 082 870 Personen geleistet; darunter waren 854 680 Verletzte; 73 599 Witwen Getöteter, 103 564 Kinder und Entel Getöteter und 3882 Eltern und Großeltern und sonstige Angehörige der Berufsgläubigen. Die Berufsgenossenschaften erließen 406 097 berufsunfähige Bescheide; 215 694 entfielen hiervon auf gewerbliche Berufsgenossenschaften; 171 188 = 42,1% aller Bescheide betrafen eine anderweitige Rentenfestsetzung. Ueber die Betriebsgefährlichkeit und die Maßnahmen zur Unfallverhütung sollen, soweit die gewerbliche Unfallversicherung in Betracht kommt, im Jahre 1907 eingehende statistische Erhebungen vorgenommen werden. Erreucht sei, daß es gelungen ist, auch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Herausgabe von Unfallverhütungsvorschriften zu bewegen. Der Entwurf dürfte bald veröffentlicht und den Interessenten zugestellt werden.

Wenden wir uns nun der Unfallrechtsprechung zu. Die Zahl der in Unfallsachen bei den Schiedsgerichten anhängig gemachten Streitfälle betrug 87 702; davon waren 70 542 Berufungen und 17 160 Anträge auf anderweitige Festsetzung der Renten. Die Berufungen haben gegenüber dem Vorjahre um 2,6%, die Zahl der Anträge dagegen um 25,7% zugenommen. 59 014 Berufungen betrafen Bescheide, durch welche eine Rente abgelehnt oder verfürzt worden war oder nicht erhöht wurde. Bemerkenswert ist, daß sich das Reichsversicherungsamt den Urteilen der Schiedsgerichte über die Zunahme der Berufungen anschließt. Diese seien bedingt durch die

Vermehrung der versicherten Betriebe und Personen, der fortwährenden Erkenntnis der Versicherungsgehalte, der Kostenlosigkeit des Verfahrens und der Tätigkeit der Arbeitersekretariate und Volksbüros. Das Reichsversicherungsamt spricht — ähnlich wie die Berufsgenossenschaften — „vom wachsenden Bestreben der Versicherten, sich eine Rente zu verschaffen“. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn diese Anschauung weiter an Boden gewinnen würde; die Ursachen um den Kampf einer Unfallrente liegen wohl etwas tiefer. Vor allem andere man das Unfallversicherungsgesetz dahin ab, daß schon bei der Rentenfestsetzung durch die Berufsgenossenschaften Arbeiter zugezogen werden, dann dürften die Berufungen nicht zu, sondern abnehmen, weil eben die Bescheide anders ausfallen werden. Beim Reichsversicherungsamt wurden 19 634 Rekurse anhängig gemacht gegen 17 422 im Vorjahre. In 1191 Sitzungen erledigte das Reichsversicherungsamt 18 628 Fälle, somit durchschnittlich 16 in einer Sitzung. Wer nun weiß, welcher Pack Alt in einer Rekursache durchzugehen ist, wird mit uns der Ansicht sein, daß die einzelnen Fälle so nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden können. Im Rekursverfahren hatten die Versicherten nur in 19,6% aller Fälle einen ganzen oder teilweisen Erfolg; dagegen erzielten die Berufsgenossenschaften in 52,4% aller von ihnen anhängig gemachten Rekursen einen Erfolg. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die Versicherten in 3 mal mehr Fällen ihr Heil im Rekurs suchen, wie die Genossenschaften. Die Aussicht, beim Reichsversicherungsamt eine Milderung des schiedsgerichtlichen Erkenntnisses herbeizuführen, wird von Jahr zu Jahr geringer. Im Jahre 1903 wurden 30,5%; 1904: 29,1%; 1905: 28,2%; und 1906: 26,6% aller Schiedsgerichtsentscheidungen abgeändert. Im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung wäre eine solche Entwidlung nur zu begrüßen, sofern nicht die Gefahr bestände, daß die Rechtsprechung keine den Versicherten ungünstigere wird.

Dem Alkoholgenuss und dem Kampf gegen denselben hat das Reichsversicherungsamt im Berichtsjahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft wird eine Denkschrift über die Abkämpfung des Freibiers in Brauereibetrieben im Einverständnis mit dem Reichsversicherungsamt herausgegeben. Hier gewerbliche und neun landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sind Unfallverhütungsvorschriften mit Bestimmungen über den Alkoholgenuß genehmigt worden. Die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften haben nur 26,2% der Betriebe auf Unfallgefahren untersucht! Die Aufsichtsbeamten werden eben noch als Rechnungsbeamte beschäftigt: „Mehr Aufsicht müßte sich doch lohnen.“

Ueber den Stand der Invalidenversicherung geben folgende Zahlen Aufschluß. Die seit 1. Jan. 1891 bis zum 31. Dezember 1906 anerkannten Rentenansprüche betragen 1 919 381; diese verteilen sich wie folgt: Invalidenrenten sind es 1 403 801; Krankenrenten 67 000; Altersrenten 448 580. Es liegt ein prächtiges Sinken der Altersrenten und seit 1903 ein ganz erhebliches Zurückgehen der Invalidenrenten vor. 1891 wurden 132 926 Altersrenten bewilligt. Diese hohe Zahl der Renten erklärt sich dadurch, daß eben viele Leute vorhanden waren, die schon 70 und mehr Jahre alt waren. 1892 wurden 42 128; 1900 19 832 und 1906 nur noch 10 686 Altersrenten bewilligt. Das ist ein ganz natürlicher Entwicklungsprozeß. Anders liegt die Sache bei der Invalidenrente. 1892 wurden 59 192; 1895 86 127; 1900: 152 268; 1902: 164 407 und 1903 174 508 Invalidenrenten bewilligt; 1904 dagegen nur noch 162 477; 1905: 145 431 und endlich 1906 nur noch 134 057. Seitdem hat aber die Zahl der versicherten Personen immer mehr zugenommen. Wie diese Zahlen zeigen, ist die Praxis eine andere geworden. Wir wollen hoffen, daß bald wieder eine Wendung zum Besseren eintritt. Die Gewährung der Renten bei einem Teil der Versicherungsanstalten ist fast um die Hälfte und mehr zurückgegangen. Einige Beispiele. Die Versicherungsanstalt Schlessen gewährte 1903 19 603 Renten; 1906 dagegen nur noch 8304, Brandenburg 1903: 10 005; 1906: 5948; Rheinpreußen 1903: 13 715; 1906: 8350 Invalidenrenten. Das ist ein schreiender Unterschied; wir Süddeutsche kamen dabei noch besser weg.

An Invaliden-, Alters- und Krankenrenten sind im letzten Jahr mit Einschluß des Reichszuschusses 166 Millionen Mark ausgegeben worden. Seit 1891 kamen 1170 Millionen zur Auszahlung als Renten. Die Versicherungsträger hatten von dem Gesamtaufwand (ohne das Jahr 1906) 775 343 709 Mark aufzubringen; der Reichszuschuß beträgt 386 826 214 Mark. Das sind ganz gewaltige Zahlen. Die obengenannten Milliardenzahlen verteilen sich auf die Einzelleistungen wie folgt: Invalidenrenten 668 Millionen, Krankenrenten (erst seit 1900 eingeführt) 11 1/2 Millionen; Altersrenten 356 Millionen; die Erstattungen 60 Millionen, das Heilberfahren 65 1/2 Millionen; auf die Invalidenhauspflege und sonstige Leistungen 3 Millionen Mark, zusammen bekommen wir somit ohne das Jahr 1906 die Summe von 1 162 169 923 Mark. Die Beitragsentnahmen steigern sich im Jahr um rund 7 Millionen Mark und machten im Berichtsjahr 169 Millionen Mark aus. Die Versicherungsanstalten nehmen also noch immer mehr ein als sie ausgeben; es kann daher mit mehr Ruhe wie früher dem Beharrungszustand entgegen gesehen werden. Das Vermögen der Versicherungsanstalten betrug 1316 Millionen gegen 1236 Millionen Mark des Vorjahres. Der größere Teil des Geldes ist für gewöhnliche Zwecke ausgegeben worden.

Firma sich weigere, am Montag in den Ausstand zu treten. Am Montag gegen 2 Uhr wurde dem Ausschuss ein Schreiben eingehändigt, welches wieder eine Verhandlung ablehnte. Die Belegschaft stellte nun die Arbeit sofort ein. Da die Belegschaft einmütig die Arbeit einstellte, womit die Firma nicht gerechnet, ließ sie sich mit dem Ausschuss und der Lohnkommission in Verhandlungen ein und bewilligte nach zweifündiger Verhandlung folgendes:

- 1. Abschaffung des Leinwandpreises;
2. 20 Pfg. pro Schnitt für den zweiten Kettbaum;
3. 20 Pfg. pro Schnitt für Streichgarnarbeiten;
4. für schlechthabende Arbeiten angemessener Zusatz;
5. Abschaffung etwa vorhandener Mißstände;
6. Anerkennung des Ausstufes;
7. Noten bis zu 20 Schnitt wird bezahlt (vordem nur bis 18 Schnitt);
8. Anbringung eines Ventilators.

Die am folgenden Tage einberufene Versammlung gab sich mit dem Erreichten zufrieden und beschloß einmütig, anderen Tags die Arbeit wieder anzunehmen. In der Versammlung wurde der Ausschuss wegen seines korrekten Verhaltens gelobt.

Delmenhorst.

Der Streik bei dem hiesigen Einolcumwerke „Schiffelmark“, welcher volle sieben Wochen gedauert hat, ist am 24. Mai beendet worden und zum Teil zugunsten der Arbeiter ausgefallen; doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß derselbe nicht stattgefunden hätte, wenn der derzeitige Arbeiterausschuss bei seinen Forderungen Verzicht gebraucht hätte und nicht von Anfang an Forderungen gestellt hätte, von denen jeder einsichtige Arbeiter sich sagen mußte, daß solche nicht erreicht werden konnten. Hoffentlich haben die Arbeiter gelernt, daß man mit dem Kopf keine Mauer einrennen kann und daß man mit Verzicht besser fährt. Auch wird manches noch nachträglich an den Tag kommen, denn eins ist schon an den Tag, daß gewisse Leute von Vorarbeiterposten träumten und dabei vergaßen hatten, daß sie dabei die Interessen der Kollegen vernachlässigten. Soviel für heute.

Eberfeld.

Wieder einmal ist es der hiesige „Generalanzeiger“, der im Bande mit der Firma Röß u. Lucas, hier, wo etwa 45 Weber im Streik stehen, die organisierte Arbeiterchaft und deren Bestreben durch Aufnahme folgender Annonce verhöhnt:

Nichtorganisierte Weber für Mädelstoffe und Kattunstoffe, für leichte Arbeit gegen hohen Lohn gesucht. Während der Dauer des Streiks wird eine Prämie bezahlt. Der Streikposten wegen schriftliche Meldung erforderlich. Röß und Lucas, Eberfeld, Arrenbergstraße Nr. 65.

Derselbe „Generalanzeiger“ von Eberfeld war es auch, der im vorigen Jahre beim Streik bei Dahl u. Humke in Bremen die Berichte und Annoncen der Streikanten abdrückte, aber die der Schmarfacher aufnahm. Wir empfehlen deshalb nochmals den Kollegen, aus dieser Handlungsweise die richtigen Konsequenzen zu ziehen und eine arbeiterfreundliche Zeitung zu abonnieren, falls dies noch nicht geschehen ist. Den ebang. Kollegen des ganzen bezüglichen Verbandes empfehlen wir die „Volkzeitung für Westdeutschland“ und den kath. Mitgliedern das „Buppertaler Volksblatt“. Zu diesen Zeitungen findet Ihr keine Streikbrecherannoncen.

Fulda.

Die unsern Verbands angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzfabrik Krämigle, Filiale Fulda, unternahmen kürzlich den Versuch, ihre mehr wie geringen Löhne aufzubessern. Zunächst wurde ein von allen Kollegen und Kolleginnen unterzeichnetes Schriftstück mit entsprechender Begründung an die Direktion gerichtet. Daraufhin wurde dem Arbeiterausschuss seitens der Direktion eröffnet, daß die Firma durch die Konkurrenz zur Zeit daran behindert würde, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Auch unsern Bezirksvorsitzenden, der bei der Direktion die Forderung vertrat, wurde dasselbe mitgeteilt. In Veräuflichung der Tatsache, daß bei einer Konkurrenzfirma hier am Orte noch eine längere Arbeitszeit wie in der Krämigle besteht, sowie weiter, daß gegenwärtig der Geschäftsgang in der Filzfabrik Krämigle kein günstiger ist, stimmten auf Vorschlag unsern Bezirksvorsitzenden in einer Fabrikversammlung die Kollegen und Kolleginnen folgender Resolution einmütig zu: „Die in der am 23. Juni abgehaltenen Belegschaftsversammlung fast vollständig anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzfabrik Krämigle, Fulda, setzen vorläufig von einer Forderung auf Erhöhung der Löhne ab, verpflichten sich aber, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen desjenigen Betriebes am Orte sich organisieren, der durch Konkurrenzkonkurrenz es den wohlwollenden Arbeitgebern unmöglich macht, den Arbeitern angemessene Löhne zu zahlen.“

An die Kollegen und Kolleginnen richten wir nun die dringende Aufforderung, nichts unverzagt zu lassen, um die unseren Bestrebungen noch indifferent gegenüberstehenden für unsere gemeinsame gute Sache zu gewinnen. Auch selbst durch Mühseligkeiten dürfen wir uns in der Agitation und besonders in der Kleinarbeit nicht beirren lassen. Was die vorläufig abgelehnte Lohnforderung anbetrifft, sei bemerkt, daß dieselbe vom Vertreter der Firma selbst als gerecht anerkannt wurde. Sobald die Firma für ihre Ware besseren Absatz findet und somit leistungsfähiger wird, werden wir unsere Forderung wiederum erheben, und die Firma wird uns dann hoffentlich entgegenkommen zeigen. Um dann aber unserer Forderung, wenn's sein muß, auch entsprechenden Nachdruck geben zu können, müssen die Kollegen und Kolleginnen nicht alle selbst treu zur Organisation stehen, sondern auch mitarbeiten an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes.

Lohnbewegung in Lörzrad.

Die Färbereiarbeiter der Firma J. C. Duntkenberg im benachbarten Lörzrad traten dieses Jahr wieder in eine Lohnbewegung ein. Die Arbeiter hatten zwar erst im August des vorigen Jahres eine Bewegung, welche ihnen den Schuldenbetrag und eine Lohnerhöhung von 3-6%, nicht Abstellung einiger Mißstände brachte. Im Herbst desselben Jahres wurde den Arbeitern aber, bei Auszahlung der Jahresvergütung 15-23 Markt, je nach Beschäftigungsdauer, bedeutet, daß dies das letzte Mal sei, daß dieselbe ausbezahlt werde, was wohl als eine Folge der Wirtschaftslage einiger Arbeiter gegen-

über der Organisation anzusehen war. Nun sagten sich aber die Arbeiter, so kann dies nicht weitergehen, denn durch Wegfall der Prämie ginge ja bei den älteren Arbeitern der größte Teil der erlangenen Lohnerschöpfung wieder verloren. Man riefen sich wieder einige Arbeiter auf und traten auf Drängen des dortigen Vorstandsmitgliedes dem Verbandsbeirat, und der Erfolg blieb dann auch nicht aus.

Am 14. Mai wurde eine Betriebsversammlung einberufen und der mittlerweile aufgestellte Lohnantrag durchberaten, welcher, mit Ausnahme einiger Kleinigkeiten, gutgeheißen wurde. Derselbe wurde mit der nötigen Begründung, welche unser Lokalbeamter Kollege Pfeifer ausfertigte, und mit Unterschrift der Kommission versehen, eingereicht. Antwort wurde bis 1. Juni 1907 erbeten.

Einige Tage nach Einreichung des Lohnantrags wurde die Kommission gerufen und ihr nahe gelegt, die Arbeiterchaft möchte die Zeit zur Antwortgebung um eine Woche verlängern, was nach Anhörung der Gründe von der Kommission zugesagt wurde. Nun ist aber doch, trotz der Verlängerung, die Antwort am 1. Juni gegeben worden und dieselbe lautet, daß für alle Arbeiter ohne Unterschied eine Lohnerschöpfung von 20 Pfg. pro Tag gewährt und diese auch schon für die zurückliegende Woche ausbezahlt werde. Nach Fabrikabschluss am 1. Juni wurde nun gleich Versammlung abgehalten, wo unser Vorstandsmitglied auch anwesend war. In dieser Versammlung wurde das Entgegenkommen der Firma dahingehend gewürdigt und beschlossen, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben, wenn auch kein Lohnantrag zustande gekommen sei und noch einige kleinere Wünsche nicht berücksichtigt seien.

Somit wäre die Bewegung beendet und die Arbeiterchaft um die Erziehung reicher, daß die Organisation doch nicht. Unser Vorstandsmitglied ernannte dann noch die Kollegen, treu und fest zur christlichen Organisation zu stehen und forderte die noch fernstehenden auf, doch jetzt dem Verbandsbeirat beizutreten, da sie ja jetzt den Nutzen der Organisation gesehen hätten und die Lohnerschöpfung auch zu ihrem Vorteil sei, denn es würde wohl keinem der Unorganisierten einfallen, die Annahme derselben zu verweigern. Zudem bezieht derselbe noch, daß die Organisation straff gehalten werden müsse, um das Erreichte auch festzuhalten. Hierauf erklärten dann die noch fernstehenden Arbeiter ihren Beitritt. Wenn man nun das im vorigen Jahre erreichte und diese Lohnerschöpfung zusammen nimmt, so können sich die Färbereiarbeiter in Lörzrad sagen, daß sie im ganzen Wiefenthal durch die christliche Organisation am meisten erlangen haben und alles ohne irgendwelchen „Rabau“. Dieselben Arbeiter sagen sich aber auch, daß mit einem ruhigen, sachlichen und vernünftigen Vorgehen viel mehr erreicht werden kann, als wenn die Fabrikanten nur so heruntergerissen werden und eine Bewegung mit großem Lärm-Tam in Szene gesetzt wird.

Die oben erwähnten Eigenschaften vertritt aber der christliche Textilarbeiterverband voll und ganz, und da sage noch einer, „der Verband nutzt ja doch nichts“.

Rappoltsweiler i. Elz.

Von den „frei“-organisierten Arbeitern ist hier bei der Firma Hofer eine Bewegung inszeniert worden, welche auch zu einem Streik führte. In der sozialdemokratischen Tagespresse sind nun verschiedene diesbezügliche Berichte erschienen.

Dabei wird selbstverständlich der Defizientheit die dieser Bewegung zugrunde liegende „Freiwerterchaftliche“ Tendenz vorzuziehen. Es handelt sich dabei nämlich wieder um ein faktwidriges Vorgehen der „Genossen“, wodurch besonders den „Christlichen“ das Wasser abgegraben werden sollte. Nach dem von „Genossen“ Leimpeters im Februar d. J. ausgeschriebenem Rezept: kein Partieren, kein Zusammengehen mit den Christlichen in keiner Frage mehr, wurden auch hier, unter absichtlicher Ausschaltung der christlich organisierten Arbeiter, von den frei organisierten obengenannter Firma Forderungen unterbreitet. Durch dieses Verhalten verlangte die Abschaffung der halbständigen Leberarbeit und eine fünfprozentige Lohnerschöpfung. Während dann erbeten von der Firma bewilligt wurde, ließ sie keine Forderung unbeantwortet. Die „Freien“ arbeiteten dann ruhig weiter, indem sie sich ansetzten, daß sie nicht weiter um diese fünfprozentige Lohnerschöpfung kämpfen würden. Erst als dann bei der Lohnzahlung für zwei der „Genossen“ die Kündigung beigelegt war, wurde dies mit der sofortigen Niederlegung der Arbeit der „frei organisierten“ beantwortet.

Anderen Tags wurde dann, nachdem man sich vorher mit dem Lokalbeamten Münch interviewt hatte, der Streik perfekt. Da man aber das Ausschickslose derselben einseht, erinnert man sich auch bei während der ganzen Bewegung absichtlich ausgeschalteten „Christlichen“, welche jetzt den festgesetzten Karren wieder ins Gleis bringen sollten. Bezüglich drückt sich der Berichtsführer der „Freien Presse“ so aus, indem er schreibt: „Hoffentlich werden die Christlichen einsehen, daß es sich um die Interessen sämtlicher Arbeiter handelt, bevor es zu spät ist.“ Unseres Erachtens hätten dies die Führer und Kollegen vom „freien“ Verband schon anfangs einsehen müssen und wissen sollen, daß durch solch rücksichtsloses und nachher kontraktbrüchiges, statutarwidriges Vorgehen den Arbeiterinteressen nicht gedient ist. Sie glaubten es für angebracht, daß den Führern vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande besonders hier im Elz von ihrer Zentralleitung die Leitartitel der letzten Nr. ihres Organes „Demokratie und Gerechtigkeit“ unter die Nase gehalten würden, wo es unter anderem heißt: „Würde man solchen statutarwidrigen Seienprüngen keine Konsequenzen mehr machen, dann würde man sich auch mehr an die Statuten halten.“

Unterdessen ist der Streik nach zweitägiger Dauer, wie dies leicht vorauszu sehen war, zu ungunsten der Arbeiter beendet worden. 9 oder 12 auf der Strecke gebliebene Arbeiter haben jetzt die Folgen dieses topikalischen Vorgehens zu tragen. Wie dies ja sehr gewöhnlich der Fall, wird auch jetzt wieder, wie dies aus dem jüngsten Bericht der „Freien Presse“ ersichtlich ist, versucht, den „Christlichen“ die Hauptschuld dieser Niederlage zuzuschreiben. Als wenn hierdurch das topikalische Vorgehen der „sozialdemokratischen Führer“ gerechtfertigt werden könnte. Zumeistern läßt sich aber aus solchen Vorgängen ersehen, daß eine wahre Vertretung der Arbeiterinteressen in den „freien“ Verbänden dadurch nicht gefördert wird. Darum werden auch die Arbeiter von Rappoltsweiler sich noch zahlreicher als vorher den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Rheind.

Neues Leben und neue Talraft zieht hier durch die Arbeiterchaft im allgemeinen und unsere Richtung im besonderen. Nach jahrelangem Schlaf kommt endlich das Erwachen und ängert sich in Lohnbewegungen. So reichten vor einigen Wochen die Arbeiter der Firma Hölcher, Büchmann u. Goebels eine fünfprozentige Lohnforderung ein nebst einigen Nebenforderungen. Nach längerem Hin- und Herverhandeln wurden die 5% bewilligt, während über die Nebenforderungen noch fortgesetzt Verhandlungen gepflogen werden.

In der Samtbandfabrik von F. Junkers erreichten die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 40 Pfg., Verabreichung der Kündigungszeit von vier auf zwei Wochen, sowie eine fünfprozentige Lohnerschöpfung.

Den Beihilfentag zugesichert erhielten die Arbeiter der Färberei Struch jr., während über die Lohnfrage (Wochenlohn ist geordnet) weitere Verhandlungen stattfinden sollen.

Bei der Firma Emil Lamez, Burkinweberei, forderte die Belegschaft eine zehnprozentige Erhöhung und Entzifferung von Schußwaren. Letzteres ist bewilligt und ersteres soll gründlich geregelt werden, wenn die Schußwaren angebracht sind.

Desgleichen bei der Firma Sieper u. Neuwosen, wo einige kleinere Zugeständnisse gemacht worden sind. Diese Firma dürfte wohl in ihrer Einrichtung einzig dastehen, ist man doch im letzten Jahre dazu übergegangen, bei Schußwaren das eineinhalbfache Entgelt einzuführen. Welche intensive Nervenanstrengung dazu gehört, weiß ein jeder Fachmann. Hier wurde nun die Forderung gestellt: Einführung des Entgeltsystems bei Schußwaren und eine 25 prozentige Lohnerschöpfung. Diese Forderung wurde als „unverschämte“ von dem Unternehmer bezeichnet. Die Unverschämtheit möge einige Zahlen illustrieren. Nach eigener Aufstellung der Firma verdienen 12 Weber auf 24 breiten 2x2 Stücken in fünf Wochen einen Durchschnittsverdienst von Mk. 4,06 pro Tag, dagegen vier Weber, die auf einem Entgeltlohn beschäftigt sind, in derselben Zeit Markt 2,70 pro Tag. Dieses eine Beispiel beweist, wie gerecht gerade diese Forderung ist.

Auch bei der Firma Carl Mannig wurde eine Lohnangebots gemacht. Hier laßen die Kollegen von einer direkten Forderung auf Lohnerschöpfung ab, wollten dafür aber andere Fragen zu ihren Gunsten geregelt wissen, fanden aber leider bei dem Unternehmer wenig Verständnis. Auch hier schweben, wie bei der Firma Sieper u. Neuwosen, noch die Verhandlungen.

Dann wurden noch bei der Firma Pferdenges jr. Lohnforderungen eingereicht, die als bisherige Resultat eine vollständig neue Lohnliste herbeiführen sollen. Hoffentlich wird dieselbe derart, daß die Arbeiter damit zufrieden sein können.

Ebenso bei der Firma Scheulen u. Amrath. In diesem Betriebe, es ist eine Samtweberei, bestehen Durchschnittslohnunterschiede von 7-8 Mk. pro Woche. Dies wollen die Leute befeitigen.

Zuletzt sei noch eines Vorganges erwähnt, der sich bei der Firma Ludwig Junkers abspielte. Nachdem dort in einer Belegschaftsversammlung sich ein Teil der Arbeiter unsern Verbands angegeschlossen, erhöhte die Firma nach einigen Tagen den Lohn für Jagen. Piloten um 7 1/2%. Man sieht, man kann bezahlen, wenn man nur will.

Dann hat noch die Firma Aug. Junkers, ihrem Versprechen gemäß, das sie uns bei der letzten Bewegung gemacht hatte, den Lohn der Arbeiter um 8% erhöht.

Diese Zeichen erwachenden Lebens der hiesigen Arbeiterchaft lassen für uns einen günstigen Ausblick in die Zukunft zu. Notwendig ist vor allen Dingen, daß hier die Lage des Arbeiterstandes eine bessere werde. Mögen diese Bewegungen für unsere Mitglieder ein Ansporn sein zur eifrigen Agitation, den Unorganisierten aber die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Arbeitens und der gewerkschaftlichen Organisation zu Gemüte geführt werden. Dann wird auch hier recht bald anstatt der geistigen Trägheit und wirtschaftlichen Verlassenheit eine einige, gezielte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft treten, deren Lage man wenigstens als in etwa menschenwürdig bezeichnen kann. Unsern Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu: Auf zur rastlosen Mitarbeit, um das schöne Ziel zu erreichen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Bezirkskonferenz des X. Verbandsbezirks (Bayern).

Am 19. und 20. Mai fand in Augsburg die Bezirkskonferenz des X. Bezirkes statt. Nach einer Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Geier wurde festgestellt, daß 18 Ortsgruppen durch Delegierte vertreten waren. Sieben Ortsgruppen hatten keine Delegierten entsandt. Kollege Geier erstattete den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Die Textilindustrie in Bayern verteilt sich nicht, wie in vielen anderen Landesteilen, nur auf die großen Städte, sondern, soweit Flüsse das bayerische Land durchziehen, befinden sich auch an vielen kleinen Orten ein oder mehrere Textilbetriebe.

Welches mögen wohl die Motive gewesen sein, wodurch diese Herren Arbeitgeber sich bewegen fühlten, ihr Domizil auf dem Lande aufzuschlagen? Drei Gesichtspunkte glauben wir hier vor allem feststellen zu können: erstens billiger Grund und Boden, zweitens billige Betriebsart durch die Wasserkraft und drittens billige Arbeitskräfte, besonders durch Heranziehung verheirateter Frauen. Wohl in keinem Landesteile Deutschlands und in keiner Branche ist die Fabrikarbeit verheirateter Frauen so sehr verbreitet, als dies in der bayerischen Textilindustrie der Fall ist. Dasselbe gilt auch von der weiblichen Jugend.

Daraus geht hervor, daß die Manneskraft wenig geachtet und die Löhne für die heutige Zeit derart unzureichend sind, daß die verheiratete Frau gezwungen ist, mitverdienen zu helfen, um leben zu können. Unter solchen Verhältnissen lebte die Arbeiterchaft jahrelang dahin, dabei noch zurückgehalten unter einem gewaltigen Druck von Seiten der Arbeitgeber einerseits und durch Uneinigkeit in den eigenen Reihen andererseits. Es kam aber dann doch endlich die Zeit, wo auch die bayerische Arbeiterchaft förmlich gezwungen war, von dem gesetzlichen Koalitionsrechte Gebrauch zu machen, um durch Zusammenstoß und Einigkeit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, nur war man sich noch nicht einig über die Organisationsform. So haben wir u. a. an uns vorüberziehen den „bayerischen

Verband der Textilarbeiter und Arbeiterinnen“. Die Gründung desselben war insofern eine verfehlte, indem die Beiträge zu niedrig und so den Anforderungen auf die Dauer nicht entsprochen werden konnte. An einzelnen Orten, so z. B. in Augsburg, tauchten wieder andere Organisationsformen auf, und so sehen wir auch einen „Ordnungsliebenden Verband“ ins Meer der Ewigkeit verschwinden. Nach all diesen Versuchen ist man endlich dazu übergegangen, sich den bestehenden Zentralverbänden Deutschlands anzuschließen. Gewisse Leute haben aber dabei versucht und es auch teils fertig gebracht, so eine Art Mischtrauen gegen die Zentralisation zu züchten, welche an einzelnen Orten heute noch zu finden ist. Dieses Mischtrauen war sehr unberechtigt und der Allgemeinheit nur zum Schaden.

Als ein weiterer großer Nachteil ist zu verzeichnen, daß der Zentralvorstand unsere Verbände erst im vorigen Jahre sich dazu entschließen konnte, für Bayern ein eigenes Sekretariat zu errichten. Wäre dies schon einige Jahre früher geschehen, so hätte der sozialdemokratische Verband nicht einen so großen Vorprung zu verzeichnen. Am 1. erweiterter war deshalb das Unternehmen des christlichen Ortsstellens von Augsburg und Umgebung, zur gleichen Zeit einen Sekretär freizustellen in der Person des Kollegen Ranz, durch welchen uns eine tüchtige Kraft zur Seite stand. Die Tätigkeit des Sekretärs war im Laufe des Jahres eine sehr umfangreiche. Neben den Lohnbewegungen an verschiedenen Orten war es notwendig geworden, besonders die neugegründeten Ortsgruppen des östlichen zu besuchen, um den gewerkschaftlichen Geist mehr und tiefer in den Herzen der Mitglieder zu befestigen.

Neugegründet wurden im Berichtsjahre sieben Ortsgruppen, davon lösten sich zwei wieder auf: Oßfingen durch mangelhafte Verwaltung und Waldmünchen durch einen Druck des dortigen Arbeitgebers. Die Arbeitgeber in Bayern, die selbst sehr gut organisiert sind, erkennen zum Teil eine Organisation ihrer Arbeiterchaft nicht an und bereiten derselben die größten Schwierigkeiten. So wurden in Blaisbach die Spitzen der Organisation, insgesamt neun Personen, aus der Fabrik und damit auch aus der Wohnung entlassen, und waren diese Leute gezwungen, mit ihren Familien ihre Heimat zu verlassen. Auch ist man an diesem Orte fortwährend darauf bedacht, ausländische Arbeiterfamilien heranzuziehen, um die Einheimischen in der Arbeit zurückzusetzen, und so ist durch diesen Trug, der eine gewisse Furcht erzeugt, die gewerkschaftliche Arbeit vorläufig lahmgelegt. Auch in Bamberg haben unsere Mitglieder sehr unter den Schikanen der Fabrikangestellten zu leiden.

Während nun auf der einen Seite die Arbeitgeber in der denkbar unbarmerzigsten Weise gegen ihre Arbeiter vorgehen, erweisen sie auf der andern Seite den Anschein, als seien sie in väterlicher Liebe auf das Wohl ihrer Arbeiterchaft bedacht durch Einführung von Wohnheimen, Pensionierungen, Fabrikpartien, Pensionen, ferner Vereine aller Art, wie Fabrikfeuerwehr, Turnvereine, Gesangsvereine usw. Mit der Leitung dieser Einrichtungen sind die Meister betraut, und haben dieselben den Zweck, die Arbeiterchaft der Defektivität zu entziehen und mehr und mehr an die Fabrik zu fesseln. Der Gipfel der Verblendung aber ist erreicht worden durch Gründung von Werkvereinen, sogenannten „gelben Gewerkschaften“, für welche man speziell in Augsburg eine brauchbare Arbeiterchaft gefunden hat. Diese, zum Schaden der Arbeiterchaft errichteten Gebilde wären aber unmöglich haltbar gewesen, wenn nicht sofort von Seiten der Fabrikleitungen viele Tausende von Markt zur einstweiligen Propaganda zur Verfügung gestellt worden wären. Offentlich haben die „Gelben“ ihren Höhepunkt erreicht und ist nur zu hoffen, daß die irreführende Arbeiterchaft sich wieder losreißt von den Fesseln der Unselbstständigkeit, um dadurch die jedem deutschen Arbeiter gesetzlich garantierte Freiheit wieder zu erlangen.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen war im großen und ganzen, wenn man so sagen darf, ein ziemlich annehmbares, doch in der letzten Zeit hat es sich der Gunster des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zur Aufgabe gemacht, an verschiedenen Orten gegen unsere Organisation zu gehen, was uns aber bis heute nicht den geringsten Schaden, sondern noch an manchen Orten Nutzen gebracht hat. Der Grund zu dieser Hege mag wohl datieren von der letzten Lohnbewegung in Kallersdorf, wo obengenannter Gauleiter unserer Meinung nach eine gehörige Dummheit begangen hat dadurch, daß derselbe der Direktion gegenüber ohne allen Grund erklärte, die Arbeiterchaft sei von 15% auf 8% zurückgegangen, und zwar auf seine Veranlassung. Es ist möglich, daß wir später noch auf diesen Fall zu sprechen kommen, da derselbe jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben wird.

Bezüglich der konfessionellen Arbeitervereine geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, daß dieselben dort, wo es bis heute noch nicht geschehen ist, unsere Bestrebungen unterstützen, indem sie ihre Mitglieder mit allem Nachdruck anwerben. Ich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, was auch von unserer Seite diese Befehle für die konfessionellen Arbeitervereine ausgegeben wird. Die Arbeiterchaft selbst hat allen Grund, sich aufzuraffen, um aus der vielfach sehr misslichen Lage herauszukommen. Die Arbeitgeber verlangen das äußerste von dem Geizhalsen. Die Behandlung von Seiten der Vorgesetzten ist oft sehr zu tadeln, schlechtes Material und Warten auf Material ist teilweise zur Gewohnheit geworden, die Ungleichheit im Lohn ist eine Folge der Uneinigkeit in der Arbeiterchaft, woraus der Arbeitgeber seinen Nutzen zieht. Die zehntägige Arbeitszeit, soweit sie eingeführt war, ist das Schmerzenskind so mancher Arbeitgeber und würden dieselben gerne dazu übergehen, die frühere Arbeitszeit wieder einzuführen. Ueberstunden sind schon heute an der Tagesordnung.

Alle diese Dinge sind zum Nachteil der Arbeiterchaft, haben aber an jenen Orten eine bedeutende Besserung erfahren, wo die Organisation Eingang finden konnte.

Wenn wir also wissen, daß durch die Organisation, — ob direkt oder indirekt, ist ganz gleich, — so manches besser geworden ist, und wenn wir wei-

ter wissen, daß noch vieles zu bessern ist, so wollen wir diesen Bericht nicht schließen, ohne uns das Versprechen zu geben, in Zukunft alles daran zu setzen, um unseren Verband an allen Orten so auszubauen, daß wir eine imponierende Stellung einnehmen, durch welche uns die Möglichkeit gegeben ist, Gutes zu wirken, zum Wohle der ganzen Arbeiterklasse.

Zum Schluß sei noch allen jenen Kollegen herzlich Dank gesagt, welche mitgeholfen haben an der Aufklärungsarbeit und an der Ausbreitung unseres Verbandes. Soll nun unsere Arbeit nicht verloren sein, so liegt es an uns, nicht zu erlahmen, sondern mit neuer Mut weiter zu arbeiten für unsere gute Sache und gerechte Sache. Lassen wir die Feinde und die Stürme um uns herum toben, gehen wir mutig voran und schließen wir uns den Worten des Dichters an, der da sagt:

„Und dräut der Winter noch so sehr
Mit trognen Gebärden,
Und wirzt er Eis und Schnee umher:
Es muß doch Frühling werden!“

Warmen. Seine Genossen hinterging der in Obfign wohnende Fabrikarbeiter Karl Döbel. Döbel nimmt unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei eine leitende Stellung ein und genoss umschmeichelt das Vertrauen, weshalb man ihn zum Kassierer der Ortsgruppe ernannte. Als solcher hatte er monatlich etwa 800 Mark Beiträge einzuziehen und im Wochenlohn für den Kontrollleur abzusetzen. Vor kurzem erkrankte er an dem Abends bei dem Kontrollleur mit blutendem Kopfe und total beschleunigter Atmung; mit Weinerlicher Stimme erregte er, daß er seiner Einnahme beraubt worden sei. In einer einjämigen Stelle sei er plötzlich von hinten zu Boden geschlagen worden, und als er die Besinnung wiedergewonnen habe, sei das Geld, welches er habe abliefern wollen, fort gewesen. Natürlich könne er über die weiteren Vorgänge und die Verfolgung der Räuber nichts Näheres angeben. Dann suchte er einen Arzt auf, dem er das Besondere dieser Angelegenheit über den Art der Verletzung — diese war eine recht münzige Kopfverletzung — die er nicht nur eine recht münzige Kopfverletzung und nicht gering, jemanden die Besinnung zu rauben — zu der Überzeugung, daß D. ihm etwas vorliege und erkläre ihm sofort, daß er seiner Ergründung nicht glaube und die Angelegenheit zur Anzeige bringen werde. Man hat der Genossin den Arzt, das doch zu unterlassen, er wolle sorgen, daß er das Geld möglichst bald zurückbekomme. Der Arzt fand seinen Verdacht bestätigt und übergab die Sache der Staatsanwaltschaft. Diese stellte Döbel vor die Strafkammer, wo festgestellt wurde, daß seine Behauptung unwahr sein muß, denn zu jener Zeit, wo nach seiner Angabe die Herausgabe schon stattgefunden haben müßte, war er von Besinnung getrennt. Er hatte den Hut tief ins Gesicht gedrückt, zweifellos aus dem Grunde, um sich unkenntlich zu machen, und war schon vorbeigezogen. Das Gericht nahm an, daß Döbel das Märchen erdichtet hat, um damit die Unterschlagung des Geldes zu verdecken. Döbel wurde laut „N. B. Ztg.“ zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Worms. Mit großem Interesse verfolgten die anwesenden Mitglieder auf unserer gut besetzten Mitgliederversammlung am 26. Mai, nachdem vorher die Quartalsrechnung vorgelegt worden war, den Vortrag des Bezirksvorsitzenden, Kollegen Gaus, über die Notwendigkeit und Aufgaben der Arbeitervereine, sowohl im Interesse der Arbeiternehmer als auch der Arbeitgeber. Ganz besonders gab der Redner aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen praktische Ratschläge, wie Arbeitgeber und Arbeiter in beiderseitiger Interessierung zusammenarbeiten und beruhte, daß sie sich vor allem das Vertrauen der Arbeitgeber zu erwerben hätten, denn das sei zu einem gedeihlichen Zusammenwirken erforderlich. Nach Erläuterung einiger Disziplinarvergehen wurde die Versammlung mit dem Beschlusse, daß man auch hier allgemein zur Einführung der Arbeitervereine formen möge, geschlossen.

Bremen. Die christlichen Gewerkschaften im politischen und religiösen Leben, so lautet das Thema, über welches Arbeiterdirektor Albersmeier in unserer letzten Versammlung, welche am 23. Mai stattfand, sprach. In höchst interessanter Weise verstand es der Redner, die tatsächliche Arbeit der christlichen Gewerkschaften den Mitgliedern vor Augen zu führen. Besonders das jüngstreligiöse Moment betonend, auf welchem die christliche Arbeiterbewegung ruht, rief der Redner das tiefe Bewußtsein der christlichen Gewerkschaften und ihre Erträge. Immer wieder erging er sich in dem christlichen Verständnis und mütter die christlichen Verbände werden, dann wird auch hier besonders in Bremen die Zeit bald kommen, daß die Gegner mit uns rechnen müssen und nicht wieder verachten werden, wie es in letzter Zeit der Fall war, die Christlichen aus den Arbeitkreisen herauszunehmen und in Versammlungen derselben niederzuschlagen. Redner hofft zum Schluß, daß alle Kollegen, besonders die Kolleginnen, die einzige agitative Arbeit leisten und in jeder Versammlung neue Mitglieder dem Verbande zuführen werden. Nur durch intensive tätige Mitarbeit, nur durch ausdauernde Betätigung für unsere christliche Arbeiterbewegung können wir nicht allein uns selbst, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande. Großer Beifall bewies dem Redner, daß die Mitglieder mit ihm einer Meinung waren. Nachdem unter Vorsitzendem dem Redner noch besonders dankend für seine lehrreichen Ausführungen, fand eine kleine Diskussion statt. Leider beteiligten sich nur wenige daran. In jenem Schlusswort betonte der Redner noch, daß, wenn alle Mitglieder ihre Sorgfalt ausüben, wenn sie fleißig die Bibliothek benutzen würden, es auch gar nicht so schwer sein würde, in der Diskussion ein Wort mitzusprechen zu können. Die Zukunft wird und muß den christlichen Gewerkschaften gehören. Unter Vorsitzendes wies der Redner noch auf unsere nächste Versammlung hin mit der Bitte, daß alle wieder vollständig am Platz sein möchten.

Einzelheiten. Eine Versammlung, speziell für die im Landesverband beizubehaltenen Arbeiter und Arbeiterinnen hielt unsere Ortsgruppe am 21. Mai ab. Während diese Arbeitergruppe lange dem gewerkschaftlichen Bestreben gleichgültig gegenüberstand, hat sich auch bei dieser in letzter Zeit eine bessere Ansicht Bahn gewonnen; nicht zuletzt wird die Bewegung hier an Ort und Stelle zur Teilnahme gewonnen haben. Unter Vorsitzendem Hellebröder führte den Anwesenden die Ziele und Bestrebungen der Gewerkschaften vor Augen und forderte alle auf, endlich die vielen Vorteile zu lassen. Mit lebhaftem Interesse wurde den Ausführungen des Referenten

gefolgt; hoffentlich sind dieselben nicht auf unfruchtbar Boden gefallen. Doch nun noch ein Wort an diejenigen, die sich bisher noch nicht haben aufraffen können, die stets wohlweislich unsere Versammlungen meiden. Glaubt ihr vielleicht, daß durch euer Verhalten der Arbeiterschaft ein Schaden geschieht? Gründe, wie: „Der Verband hat für uns keinen Zweck“, sind heute nicht stichhaltig. Oder gehört ihr vielleicht zu denen, die etwas besser als ihre Mitarbeiter gestellt sind und glaubt somit, ihr könnt ohne Verband fertig werden? Wenn letzteres zutrifft, dann behauert wir eure Rückständigkeit, die sich durch nichts rechtfertigen läßt. Mangel an Idealismus, Mangel an Opfergeist sind die Hauptmotive, die euch von jeder gewerkschaftlichen Mitarbeit fernhalten. Doch solche Kleinigkeiten müssen überwunden werden; besuchet in Zukunft unsere Versammlungen, lernet dort echte Solidarität kennen und beherzigt die schönen Worte: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, uns nicht trennen in Not und Gefahr.“

Krefeld. Am 27. Mai tagte in der „Reichshalle“ unsere Quartalsversammlung. Der Geschäftsleiter erstattete den Quartalsbericht. Die Revisoren erklärten, bei der Revision alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Nachdem der Geschäftsleiter einige Anfragen beantwortet hatte, wurde demselben Entlastung erteilt. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt die Kollegen Peter Krülls, Ad. Rebig, Karl Esser, Gerh. Nießen, Peter Kemmer, Karl Wlück, Gerh. Born, Theodor Eubel, Franz Rib, Gustav Dieken. Zum Schluß gab der Geschäftsleiter einen Situationsbericht vom letzten Quartal, besonders über die Bewegungen. In der anschließenden Diskussion wurde besonders Frage geführt über die Lage eines Teiles der Mitglieder.

Lauterbach. Unsere Mitgliederversammlung am 20. Mai war von allen Kollegen besucht. Zu dieser war auch unser Bezirkssekretär, Müller-Kaas, anwesend, ergründete, welcher sich gerade auf einer Agitationsreise befand. Kollege Kroll eröffnete die Versammlung und übergab dem Bezirkssekretär das Wort. Dieser hielt eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß man sich nicht durch Mißerfolge entmutigen lassen dürfe. Nur durch unermüdliche Arbeit können wir unser Ziel erreichen. Redner deutete weiter darauf hin, daß wir hier einmal eine Hausagitation veranstalten sollten. Zu dieser Beziehung wäre auch hier noch etwas zu erörtern. Die nächste Mitgliederversammlung wird sich mit dieser Frage beschäftigen. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft, in das die Kollegen begeistert einstimmten, schloß Redner seinen Vortrag. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

Münster i. G. Hier wurde für den 24. Mai vom „freien“ Textilarbeiterverband eine Fabrikversammlung einberufen. Infolge schlechten Wetters konnte diese aber nicht abgehalten werden. Man kann gerade nicht behaupten, daß nicht genug für diese Versammlung agitatorisch worden war. Schon zwei Tage vorher wurden Flugblätter verbreitet, und am Tage der Versammlung selbst gelangten an allen Türen der Fabrik Einladungen zur Verteilung, auf denen die verlockendsten Forderungen verzeichnet waren, zu denen Stellung genommen werden sollte. Trotzdem erschienen hier etwa 15 Personen, welche sich zum Teil aus „Genossen“, einigen unorganisierten Arbeitern und einigen christlich organisierten Kollegen zusammensetzten. Dem Ministri hierüber wurde nun dadurch Lust gemacht, daß auf die „Hoffen“ umgeschrieben wurde. Einer der „Genossen“ äußerte sich: „Wenn die Hoffen die Arbeiter in die Versammlung getrieben hätten, wäre diese auch besser besetzt.“ Dadurch wollte er offenbar zu verstehen geben, daß die immerhin besser besetzten Versammlungen der Christlichen in Münster auf Anregung der Geistlichkeit erfolglos. Daß es sich aber gerade im Gegenteil zu dem verhält, dürfte dem „Genossen“ zur Genüge bekannt sein. Denn leider können wir Christlichen hier in Münster konstatieren, daß die hiesige Geistlichkeit am Hineinreiben in unsere Gewerkschaftsversammlungen völlig ungeschickt ist und eine andere Stellungnahme dieserseits zu unserer Sache sehr erwünscht wäre. Die Genossen sollten aber einsehen, daß durch Schimpfen der Arbeiterklasse nicht gedient ist. In die christlich gesinnten Arbeiter aber möchten wir hiermit die dringende Anforderung ergoßen lassen, sich unverzüglich unseren christlichen Verbänden anzuschließen. Dadurch bringen sie den Beweis, daß sie überzeugt sind, daß nur von dieser Seite aus eine wahre Vertretung ihrer Interessen zu erwarten ist.

Ahrhdt. Zum ersten Male seit der am 1. März in Kraft getretene Ortsgruppenvereinsordnung hielten wir hier am 26. Mai eine Generalversammlung ab. Ließ auch der Besuch noch zu wünschen übrig, so war doch der Geist, der die Versammlung durchwehte, ein geandeter. Nach Erläuterung des Quartalsberichts ergründete der Geschäftsleiter einen kurzen Bericht über die gesamte Lage. Hiermit beendete sich die Ortsgruppenversammlung in der Empörung der Ortsgemeinde, daß die Mitgliederzahl, die Februar etwa 1100 betrug, jetzt bereits auf 15-1600 angewachsen ist. Sehr beachtenswert wurde die Agitation durch die in Ahrhdt. bereits angeordnete Aufspernung. Für manchen war diese ein Warnungssignal, aus dem dann auch die einzig richtige Konsequenz gezogen wurden. Auch an dieser Stelle zu unserem Bedauern hatten dem Vorstand immer, insbesondere immer, muß die Parole sein. Zur planmäßigen Arbeit wurde eine Agitationskommission gewählt. Um den Vertrauensleuten ihr Amt zu erleichtern, wurde eine Reihe von Bezirken geteilt, die Zahl der Vertrauensleute bedeutend vermehrt. Unser Bedauern war die Ermahnung zum werden, nämlich, daß in Zukunft kein Vertrauensmann mehr berechtigt ist, Krankengelder für einzelne Mitglieder zu erheben. Vielmehr muß dies von den Angehörigen selbst geschehen. Die auf weiteres wird daselbst beim Kassierer Hubert Jansen, Geschäftsleiter, anbesprochen. Nach einigen unwesentlichen Punkten schloß der Vorsitzende mit der Auforderung zur tätigen Mitarbeit die harmonisch verlaufene Versammlung.

Einzelheiten. Herr verzeih ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun, so schreibt in Nr. 20 der „Einigkeit“ (Wahl) der „Genossin“ Strafen. Abgesehen davon, daß es eigenartig herfällt, wenn ein revolutionärer Sozialist, der sonst über die Kräfte des Herrn imstande ist, in einer Kolonne gegen die Christlichen den Herrn anruft; es wäre auch gewagt, wenn dieser Genosse zuerst einmal ein Verzeihen für sich hätte. Doch was sagen wir, „große Genossen“ sollen sich eben nicht an Kleinigkeiten, wenn es sich darum handelt, den Christlichen ein anzuschließen. In unsere vier Fragen, die wir dem „Genossen“ vorlegten, antwortete er: weitere Aufklärung ist in jeder Nummer der „Einigkeit“ zu finden. Aber

dinge trifft dieses zu, doch liegt eine Anzahl der Mitglieder diese „Einigkeit“ eben nicht; würden dieselben die „Einigkeit“ lesen und verstehen und dann andererseits ihren religiösen Verpflichtungen nachkommen und sich damit brüsten, patriotisch zu sein, so würden sie in einen unlöslichen Widerspruch geraten. Denn es läßt sich ein Programm, welches im Sinne des revolutionären Sozialismus gesellschaftliche Zustände beizubringen will, nicht vereinbaren mit den Lehren des Christentums. Christentum und Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Wir erlauben uns, der Ansicht zu sein, daß diejenigen, die nach beiden Seiten hinken und es mit keinem verderben möchten, noch dummer sind, als die Polizei erlaubt. Es gibt hier nur ein Entweder — oder!

Sehen wir uns jetzt die weiteren Ergüsse des „Genossen“ etwas näher an. Er behauptet: als im vorigen Jahre die Samstagsarbeiter in West 35% Lohn abgezogen erhielten, hätten die Verbandsangehörigen erklärt, es gibt keinen Streik. Diese Behauptung ist unklar! Wahr ist, daß die Lohnreduktion vorgenommen werden sollte, auf ein Vorstelligwerden der Verbandsangehörigen bei der Firma hin wurde das Versprechen abgegeben, mit den Arbeitern in eine Verhandlung treten zu wollen. Firma und Arbeiter verhandelten und einigten sich. Für das geschickte und entschiedene Vorgehen seinerseits wurde dem Bezirksvorsitzenden des christlichen Verbandes nachträglich in einem Schreiben gedankt. (Was übrigens nicht nötig war. D. B.) Ein Streik wurde nicht beantragt und konnte infolge dessen auch nicht abgelehnt werden. Dann schreibt der „Genosse“ weiter: Die christliche Organisation steht auf dem Boden der „christlichen Weltanschauung“, sie ist in politischer Beziehung eins mit dem Zentrum.

Die Behauptung, daß unsere Organisation in politischer Beziehung eins mit dem Zentrum ist, ist ebenfalls unklar! Unsere Organisation ist parteipolitisch neutral, sie umfaßt Arbeiter der verschiedensten politischen Parteien. Wir glauben, daß diese Ausprägungen genügen, um zu zeigen, mit welchen Mitteln „Genossen“ a la Straken arbeiten. Wie sagte doch auch wieder ein hervorragender „Genosse“ der sozialdemokratischen Partei: „Wir mögen, wo wir mögen können!“

Zum Schluß möchten wir dem „Genossen“ noch mitteilen, daß es noch in aller Gedächtnis ist, wie die Mannen des „Beberverbandes“ die Arbeiter von Niederlage zu Niederlage geführt haben, wie sie nicht davor zurückschreckten, die Mitglieder zu verjagen, und wie es ebenfalls noch unvergessen ist, daß die zusammengepackten Groschen der Arbeiter, bestehend in 2300 Mark, gestohlen wurden, ohne daß es bis jetzt möglich war, die Spitzhaken zu fassen. Leute, die das Erbe einer solchen Organisation angetreten haben, sollten zuerst in ihren eigenen Reihen nach dem Raub sehen, ehe sie sich an anderen mit Unwahrheiten reiben. Dieses sind unsere letzten Ausführungen, mehr schreiben, heißt den Lesern eine Beachtung schenken, die sie nicht verdienen.

Wierzen. Wir machen an dieser Stelle auf die Sonntag, morgens 11 Uhr, im „Wierzener Hof“ stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam (siehe Versammlungskalender) und hoffen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter zahlreich und pünktlich zu derselben erscheinen. Die Mitgliederversammlung ist für die ganze Ortsgruppe Wierzen, alle Sektionen sind einbezogen.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Ein scharfes Wort

gegen diejenigen, welche die christliche Arbeiterklasse des heutigen Reiches durch konfessionelle Hege zu entzweiern suchen, spricht mit vollem Recht das Organ der evangelischen Arbeitervereine Berlins „Die Arbeit“ aus, welches sich in erster Linie gegen den in Hattingsen erscheinenden „Arbeiterboten“, das Organ des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine, richtet, aber alle ähnlichen Zeitungen, und vor allem die „N. u. N.-Ztg.“ derselben Ursache haben, die Ausführungen des Berliner Organes genau zu studieren und sich darnach zu richten. Das gen. Organ schreibt:

„Schon mehr als einmal haben wir Gelegenheit nehmen müssen, gegen die Schreibweise des Herrn Bartsch (Generalsekretär vom rheinisch-westfälischen Verband evangel. Arbeitervereine) entschieden zu protestieren. Im neuesten Arbeiterboten finden wir wieder einen Artikel über die Staatstreue des Ultramontanismus. Wann endlich wird es erreicht werden, daß aus den konfessionellen Arbeiterblättern die konfessionelle Hege herausbleibt? Wir glauben in zierlicher Stimmung der Arbeitervereine und der Arbeitervereinsmitglieder zu kennen, um sagen zu können, daß diese Kreise mit der Haltung des Evangel. Arbeiterboten bezüglich der Stellung zum konfessionellen Frieden nicht einverstanden sind. Warum muß denn nun die katholische Konfession immer verdächtigt werden? Jedenfalls wollen und dürfen wir ruhig aussprechen, daß durch denartige Artikel, wie wir sie während der letzten Reichstagswahl im Arbeiterboten vorfanden und heute noch vorfinden, die christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht gefördert wird. Im Interesse der evangelischen Arbeitervereine selber würde es liegen, wenn der evang. Arbeiterbote weniger in konfessioneller Beredsamkeit machte. ... Zum Schluß möchten wir Herrn Bartsch nur empfehlen, einmal ein Vierteljahr die katholische „Westfälische Arb.-Ztg.“ zu lesen, um zu sehen, wie ein Arbeiterblatt, das der christlich-nationalen Arbeiterbewegung dienen will, redigiert sein muß. Mit Genehmigung können wir ihm stellen, daß diese Zeitung die Konfessionen nicht auseinanderreißt. ... Es ist nicht leicht, einmal solche Worte zu schreiben zu müssen. ... Wir sind es schließlich der gesamten Arbeiterbewegung schuldig, wenn wir auf die unverständliche Schreibweise des evangelischen Arbeiterboten hinweisen. Lange genug haben wir gezögert — nun müssen wir reden.“

Das sind wahrhaft goldene Worte, die den Beweis liefern, daß in den wirklich sozialbedenklichen Kreisen der evangelischen Arbeitervereine anerkannt wird, daß nur in einem Zusammenschluß aller christlichen Arbeiter beider Konfessionen Rettung vor der drohenden sozialen Gefahr zu erwarten ist. Wir hoffen, daß sich die einzig vernünftige Ansicht, die in diesen Worten ausgesprochen ist, zahlreiche evangelische Arbeiter annehmen wird, sich von den Hebern abzuwenden und im Interesse ihrer selbst und des gesamten Arbeiterverbandes sich zur eifrigen sozialen Arbeit mit ihren katholischen Kollegen in den christlichen

Gewerkschaften zusammenfinden werden. Nur wenn dieses geschieht, können durchgreifende Reformen herbeigeführt und weite Arbeiterkreise aus dem Banne der Sozialdemokratie befreit werden.

Bekräftigte Terroristen.

Das traurige Kapitel des sozialdemokratischen Terrorismus hat in einer Schöpfungsrichtsbehandlung in Hannover am Sonnabend, den 20. April d. J. eine Beleuchtung gefunden. Drei Mitglieder des sozialdemokratischen Bauerverbandes waren des Verbrechens beschuldigt, mehrere Mitglieder der christlichen Gewerkschaft durch Drohungen und Überlegungen zu veranlassen, in den Zentralverband einzutreten, auch waren sie der Verleumdung beschuldigt. Wo auf einer Baustelle die Mitglieder der einen oder anderen Gewerkschaft in der Mehrzahl arbeiten, da wird die schwächere Partei vertrieben, so wurde in der Verhandlung hervorgehoben, und so war es auch im vorliegenden Falle. Die „Christlichen“ wurden aufgeführt, ihre Verbandsbücher „vorzuzeigen, gleichzeitig verlangte man von ihnen Vorzeigung der Abnommentquittung sozialdemokratischer Blätter und Nachweis der Mitgliedschaft zum sozialdemokratischen Wahlverein. (1) Als sie die Erfüllung der letzten beiden Bedingungen ablehnten, erklärte Bäder: „Wer nicht im Verdacht ist, kann mit uns nicht arbeiten.“ Unter Drohungen wird die Mitgliedschaft zum Zentralverband und zum sozialdemokratischen Wahlverein, sowie das Abnomen auf das hiesige sozialdemokratische Parteiorgan veranlassen. Die Mitglieder des Zentralverbandes legten dann eines Mittags die Arbeit nieder mit der Begründung, daß sie mit den „Christlichen“ nicht weiter arbeiten wollten, weil diese einen Leberzug mit Steinen gemessen hätten. Im Interesse der Fortführung des Baues war der Polizei gezwungen, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft zu entlassen. Das Gericht nahm an, daß das Abnomen auf das hiesige sozialdemokratische Parteiorgan zu bewegen. Es sei durchaus nicht nötig, daß das Verlangen ausdrücklich ausgesprochen würde, das ganze Verbotene rechtzeitig schon diese Schlussfolgerung. Es verurteilte die Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu je 2 Wochen Gefängnis.

Das ist eine recht harte Strafe, und wir behauern die Opfer dieses sozialdemokratischen Fanatismus. Aber jeder weicht sich schließlich seiner Haut, und wenn die Sozialdemokraten die Arbeitsfreiheit nicht gestatten wollen trotz sorgfältiger Bewachungen, so müssen sie schon auf diese Weise dazu angehalten werden.

Das Zusammenwirken von Partei- und Gewerkschaften tritt aber auch hier drastisch zutage: Mitglied des Verbandes, Abnomen der Parteizeitung und Mitgliedschaft des Wahlvereins. Das sind die Bedingungen der Genossen, unter denen sie jemandem gestatten, sein Brot in Ehren verdienen zu können. Aber dieses System richtet sich selbst. Gewalttätigkeit kann für eine kurze Zeit ein Mittel sein, die Arbeiter zu halten, lange dauert nicht, besonders nicht unter dem stetigen Fortschritt der christlichen Arbeiterbewegung.

Versammlungskalender.

- Machen.** 4. Juni, 10 1/2 Uhr, bei Franzen, Kleinmischerstraße 19, Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung. — 10. Juni, 8 1/2 Uhr, Bef. des Arbeitervertreter-Vereins bei Franzen, Kleinmischerstr. 19.
- Mans.** Unsere Mitgliederversammlung konnte unklare halber am Sonntag nicht stattfinden und ist dieselbe auf Sonntag, den 9. Juni, 11 1/2 Uhr, verlegt worden. **Wohlf.** 11. Juni, 8 1/2 Uhr, bei J. Temming (Kottenburg).
- Borghorst.** 16. Juni, Diskussionsstunde bei Dierckeg. **Dahlhausen** (Wupper). 9. Juni, 2 Uhr, bei G. Meyer. **Espe** (Weiß). 7. Juni, 8 Uhr, bei Valender Vertrauensmannerversammlung. — 9. Juni, 4 Uhr, bei G. Nache.
- Gronau.** 9. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Borlinghaus.
- Gera.** 11. Juni, im Hotel Kronprinz, Vorstands-Sitzung. — 15. Juni, 1/2 Uhr, im Hotel Kronprinz, Hofplatz. **Göppingen.** 14. Juni, 6 Uhr, bei Stamm.
- W. Gladbach-Görden.** 15. Juni, 8 Uhr, bei D. Schaefer, Mathiasstraße.
- Zobenbüren.** 9. Juni, 5 Uhr, bei Hoffgide.
- Konstanz.** 9. Juni, 2 Uhr, im Hotel zur Rosenau. **Konstanz** (Baden). 9. Juni, 4 Uhr, zur „Camorinus-Halle“. **Kaaten** b. Blombach. 9. Juni, 11 Uhr, bei Edmund Schneider.
- Münster.** 9. Juni, 12 Uhr, bei Mühlengr. **Königstr.** **W. Medwig.** Christl. Gewerkschaftsartikel W. Medwig. 9. Juni, 7 Uhr, bei Fritz Greger, öffentliche Versammlung. **Zassenberg.** 9. Juni 5 Uhr, bei Heimr. **Böding.** öffentliche Versammlung.
- Wierzen.** 9. Juni, 10 1/2 Uhr, bei Johann Naaf, Generalversammlung.
- Walhausen.** 9. Juni, 2 Uhr, bei Wm. Joh. Lemmer, Arbeiterinnenversammlung.

Eupen. Da mit dem Kohlenbezug frühzeitig begonnen wird, bitten wir die Mitglieder um baldige Bestellung. Kreise: Prima Hausbrandkohle 88 1/2 Pfg. pro Scheffel, la Brittes 1.70 Mt. bis Ende August. Bestellungen nehmen entgegen: Bf. Jallenberg, Waldmehrerstraße 50, Peter Kreuer, Judenstr. 41, Matth. Bohn, Bergstr. 96, Jof. Förster, Am Berg 24, Matth. Frelich, Marktplatz 25, Leo Nieber, Haasstr. 33, und im Verbandslokale, Bergstraße 109. (1.80 Mt.)

Demm. Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 1/2 Uhr, im Lokale von Leonh. Webers, Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins „Selbsthilfe“, Demm. L.-D.: 1) Geschäfts- und Quartalsbericht, 2) Berallsgemeinerung, 3) Verschiedenes. Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet. **der Aufsichtsrat.** (1.60 Mt.) J. A. Jof. Hilgers, Vorsitzender.

Machen.

Das Sekretariat des Bezirks-Kartells der christlichen Gewerkschaften für Machen und Umgegend ist am 1. Juni eröffnet worden. Die Adresse lautet: Oswald Weber, Machen, Poststraße 56 (Telephon Nr. 1583.)

Briefkasten.

Kollege K. G. in S. Ist der Verbandsbeitrag bei der Steuererklärung in Abrechnung zu bringen? Diese Frage ist noch nicht wenig geklärt. Unserer Ansicht nach ist der Abzug der Verbandsbeiträge berechtigt, denn der § 8 U. 3 des neuen preussischen Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 lautet: „Von dem Gesamtinkommen sind in Abzug zu bringen: die von den Steuerpflichtigen geleisteten oder zu leistenden Beiträge zu entrichtenden Beiträgen zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.“ Nur stellen doch die Verbandsbeiträge verträglichkeit Beiträge zu den vom Verband zu leistenden Kranken-, Sterbe- u. Unterstützung dar. Aber auch gemäß § 81 des E.-St.-G. sind die Verbandsbeiträge abzugsfähig, denn sie gehören doch zweifellos zu den Aufwendungen zur Sicherung und Erhaltung des Ertrages (Einkommens). Der § 81 des E.-St.-G. lautet wörtlich: „Von dem Rohertrage der im § 6 bezeichneten Einkommensquellen sind die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages, Werbungskosten, in Abzug zu bringen.“ Zu diesen Aufwendungen zählen auch (§ 81, 5) die Beiträge zu den Berufskammern.“ **Ernst** R.